



Nummer: 131/2012
den 31.10.2012

Mitglieder des Kreistags
und des Sozialausschusses
des Landkreises Esslingen

- Öffentlich
 Nichtöffentlich
 Nichtöffentlich bis zum
Abschluss der Vorberatung

- KT
 VFA
 ATU
 ATU/BA
 SOA 15. Nov. 2012
 KSA
 JHA

Betreff: Haushaltsdebatte 2013
- Anträge der Fraktionen

Anlagen: -

- Verfahrensgang: Einbringung zur späteren Beratung
 Vorberatung für den Kreistag
 Abschließender Beschluss im Ausschuss

BESCHLUSSANTRAG:

Der Sozialausschuss entscheidet über die von den Fraktionen eingebrachten Anträge.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Die Auswirkungen der Anträge der Fraktionen auf den Haushalt 2013 werden von der Verwaltung in der Sitzung bzw. in der Vorlage 131a/2012 erläutert.

Sachdarstellung:

Anlässlich der Haushaltsdebatte über den Kreishaushalt 2013 am 8. November 2012 wurden folgende Anträge gestellt, die vom Sozialausschuss in der Sitzung am 15. November 2012 beraten und vom Kreistag am 13. Dezember 2012 nur dann nochmals aufgegriffen werden, wenn die Fraktionen mit dem Ergebnis der Ausschussberatung nicht einverstanden sind.

1. Antrag der CDU-Fraktion

- 1.1 Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen welche Maßnahmen ergriffen werden können, um berechnigte Familien besser über die Möglichkeiten des Bildungs- und Teilhabepaketes zu informieren.

2. Anträge der SPD-Fraktion

- 2.1 Die gesetzliche Vorgabe, dass ab 2013 Eltern das Recht haben, ihre Kinder inklusiv beschulen zu lassen, wird eine Veränderung der Antragszahlen für Schulbegleiter/-innen von behinderten Kindern zur Folge haben. Die Fraktion möchte wissen, welche Auswirkungen das auf die Planung im Landkreis hat und was sich zwischenzeitlich getan hat.
- 2.2 Eltern und Familien mit behinderten Kindern benötigen Entlastung und Auszeiten, um allen Familienangehörigen - insbesondere den Geschwisterkindern - gerecht werden zu können und auch wieder Energie zu tanken. Deshalb ist ein Angebot von Kurzzeitpflegemöglichkeiten für das behinderte Kind und Tagesbetreuung in den Ferienzeiten notwendig.

Was kann auf Landkreisebene getan werden, um in diesen Bereichen Angebote zu schaffen?

- 2.3 Im Ortenaukreis gibt es das Projekt „Alter und Technik“. Im Rahmen dieses Projektes wird eine Beratung über technische Hilfen für die Bewältigung des Alltags betagter Menschen angeboten. Ziel ist, dass diese möglichst lange in der eigenen Wohnung bleiben können.

Welche Möglichkeiten und Angebote der Vermittlung gibt es bei uns im Landkreis?

- 2.4 Die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber nimmt wieder zu. Ihre wachsende Zahl führt zu Problemen bei der Beschaffung der Unterkunft in Bezug auf Quantität und Qualität.
Wir halten eine menschenwürdige Behandlung und Unterbringung für unabdingbar.
Die Fraktion bittet um einen Bericht - auch aufgrund der von der Landesregierung geplanten neuen Gesetzgebung - , der Antwort auf folgende Fragen gibt:
Welche Unterstützung haben und benötigen die Ehrenamtlichen?
Wie können Vermieter beteiligt werden an der Instandsetzung der Gebäude?
Was müssen Asylbewerber selbst bezahlen?
Wer legt fest, was sie selbst zu bezahlen haben?
Welche Vor- und Nachteile hätte eine Barauszahlung?

- 2.5 Kommunale Gesundheitskonferenz
Die Fraktion beantragt regelmäßig stattfindende Gesundheitskonferenzen. Die im Rahmen dieser Konferenzen dargestellten Sachverhalte

sind von großer Bedeutung für die medizinische Versorgung im Landkreis und bedürfen einer kontinuierlichen Erörterung.

- 2.6 Die Beratungsstelle für Ess-Störungen benötigt dringend eine stabile Finanzierungsgrundlage. Die Fraktion bittet die Landkreisverwaltung um Unterstützung, um diese Zielsetzung zu erreichen. Die Verwaltung wird aufgefordert, sich auch bei den Krankenkassen dafür einzusetzen, dass die Stelle besser gefördert wird. Des Weiteren ist zu prüfen, ob für die Möglichkeit der Online-Beratung Volunteers ausgebildet werden können.

3. Anträge der Fraktion GRÜNE

- 3.1 Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Gesamtkonzepts für die Psychologischen Beratungsstellen des Landkreises die Anlauf- und Beratungsstelle für Ess-Störungen in Esslingen so zu berücksichtigen und abzusichern, dass der seit 2001 bestehende Projektstatus beendet werden kann.
- 3.2 Die Verwaltung wird beauftragt, über Ergebnisse und Impulse aus der neu gegründeten Kreisarbeitsgemeinschaft Arbeitslosenhilfe zu berichten. Insbesondere darüber:
- 3.2.1 Welche Überlegungen gibt es, Arbeitsplätze und Arbeitshilfen für Langzeitarbeitslose Menschen zu schaffen oder zu erhalten,
- 3.2.2 welche Chancen langzeitarbeitslose Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen oder eingeschränkter Leistungsfähigkeit bei der Teilhabe an Arbeit eingeräumt werden,
- 3.2.3 ob die Mittel des Eingliederungstitels zur aktiven Arbeitsförderung für arbeitsmarktnahe und arbeitsmarktferne Menschen eingesetzt werden und ob dem Landkreis ausreichende Bundesmittel zur Verfügung stehen,
- 3.2.4 ob es beim Mangelberufen, wie der dreijährigen Ausbildung zu Erzieherin/zum Erzieher oder zur Altenpflegerin / zum Altenpfleger, Fördermöglichkeiten gibt, um Leistungsbezieherinnen von Arbeitslosengeld II, eine Ausbildung zu ermöglichen.

4. Anträge der Fraktion DIE REPUBLIKANER

- 4.1 Die Fraktion möchte wissen, wie viele Haushalte im Landkreis aufgrund nicht bezahlter Rechnungen keinen Strom mehr geliefert bekommt bzw. wie das Kreissozialamt mit dieser Problematik umgeht.
- 4.2 Die Fraktion möchte konkret wissen, wie die Gewaltproblematik gegen Mitarbeiter von Jobcentern und Sozialämtern im Kreis Esslingen aussieht, welchem Kulturkreis die Täter zuzuordnen sind und welche Sicherheitseinrichtungen existieren.
- 4.3 Der starke Zuzug von Asylbewerbern, hauptsächlich aus Serbien und Mazedonien, hat die Situation in den Asylwohnheimen verschärft. Wie ist die aktuelle Belegungssituation? Der Kreisverwaltung wird außerdem von Teilen der Asyllobby der Vorwurf gemacht, die „Unterbringung sei untragbar“.

Wie geht sie mit diesem Vorwurf um? Hat sie rechtliche Schritte dagegen unternommen?

- 4.4 Die Pflegesituation im Landkreis Esslingen gilt gemeinhin als gut ausgebaut und organisiert. Trotzdem gibt es Hinweise, dass zum Teil unterbezahlte Pflegekräfte aus Osteuropa, legal oder illegal, beschäftigt werden. Wie schätzt die Kreisverwaltung die Größenordnung ein? Außerdem möchte die Fraktion wissen, ob die Verwaltung Ergebnisse über den Transfer von Senioren in Pflegeheime in Osteuropa hat.

5. Antrag die LINKE

- 5.1 Es wird beantragt, dass eine Kreistagssitzung sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Inklusion beschäftigt und dazu als Gast ein fachkompetenter Referent und die Sozialverbände eingeladen werden.

Heinz Eininger
Landrat